

DENEFF-Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024

Energieeffizienz: Im Zentrum der EU-Energiepolitik?



Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der DENEFF

18.05.2024

Am 9. Juni finden in Deutschland die Europawahlen statt. Wir haben bei den Parteien nachgefragt: Was möchten die Parteien auf europäischer Ebene für Klimaschutz und Energieeffizienz tun? Dazu haben wir den Parteien, die in den Umfragen ca. 5 % oder mehr erreichen einen Katalog mit 8 Wahlprüfsteinen zugeschickt. Alle Antworten sehen finden sich auf den folgenden Seiten. BSW hat die Fragen nicht beantwortet.

„Efficiency First“ lautete einer der Slogans Green Deals der aktuellen EU-Kommission. Doch die Ambition der konkreten Regelungen in den dann verabschiedeten Richtlinien ist ausbaufähig. Die Umsetzung in den Mitgliedstaaten lahmt. Dabei ist die Sanierungsrate so niedrig wie nie, Unternehmen stellen Klimaschutzinvestitionen zurück. Dabei ist Energieeffizienz nicht nur die beste Versicherung gegen künftige Energiepreise und für die Wettbewerbsfähigkeit. Sie ist heutzutage außerdem so einfach, schnell und kostengünstig umsetzbar wie nie zuvor. Europa ist als Heimatmarkt der Energieeffizienz Weltspitze, mit über einer halben Million Beschäftigten alleine in Deutschland. Doch zuverlässige Rahmenbedingungen fehlen.

Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine spiegeln, wie unterschiedlich es mit der Energieeffizienz in Zukunft halten wollen. Wie überzeugend sind die Antworten? Die Emojis zeigen bei allen mehr oder weniger starke Zweifel, die uns beim Lesen aufgekommen sind. Wir finden: Europa hat mehr verdient!

	Zusammenfassung	Bewertung
	Die SPD verspricht, sich weiter für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik einzusetzen, die sozial und wettbewerbsgerecht gestaltet wird. Die Partei stehe für das Energieeffizienz-zuerst-Prinzip. Der Maßstab soll jedoch etwa das ganze Quartier oder sogar die Gemeinde, nicht einzelne Gebäude sein. Auch bei der Beantwortung von anderen Fragen, etwa zur Dekarbonisierung der Prozesswärme, legt die Partei den Schwerpunkt eher auf die Versorgungsseite. Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen für klimafreundliche Zwecke verwendet werden.	 Efficiency first! Oder doch nicht? Der Slogan stimmt, aber zielgerichtete Maßnahmen fehlen. Zielen Politiken weiter so stark wie bisher oder sogar alleine auf die Versorgungsseite ab, drohen sogar Rückschritte. Immerhin: Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen auch weiter für Investitionsförderung genutzt werden.



CDU/CSU wollen beim Weg zur Klimaneutralität auf innovative Konzepte und marktba- sierte Instrumente setzen – und auch auf Energieeffizienz. Dabei halten sie die aktuelle EU-Rahmengesetzgebung als geeignet, die- ses Ziel zu erreichen. Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen nach dem bestehen- den System verwendet werden, die aus dem ETS 2 insbesondere nach sozialen Kriterien. Private Klimaschutzinvestitionen sollen durch beschleunigte Abschreibungen und public private Partnerships besser unterstützt wer- den. Anpassungsbedarf des Beihilferechts wird nur auf Versorgungsseite benannt.

😊 **Zurückhaltend – aber stabil?**

Die Antworten der Unions- parteien lassen keine gro- ßen Sprünge erwarten. Im- merhin werden weitere Anreize vorgeschlagen. Liegt der Schwerpunkt dann zumindest auf mehr Stabilität als bei den politi- schen Achterbahnfahrten der aktuellen Legislatur? Das bleibt unklar und wird hier auch nicht als Ziel be- nannt.



Die Grünen bezeichnen Energiesparmaßnah- men als zentral. Die EU-Kommission soll Ziellücken über Anreize füllen. Erlöse des ETS sollen sowohl für Einkommenshilfen wie das Klimageld, als auch für Gebäudesanierungen genutzt werden. Die Partei will dafür „kämp- fen“, dass das Prinzip Energieeffizienz an er- ster Stelle tatsächlich umgesetzt wird: in allen EU-Gesetzen, einem ab 2028 geplanten In- vestitionsprogramm, im Beihilferecht und der EU-Infrastrukturplanung gelten. Die Grünen würden „2045-ready“-Standards unterstützen – auch für Prozesswärme.

😐 **Blassgrün.**

Zwar spricht sich die Partei stark für Energieeffizienz aus und verspricht ein In- vestitionsprogramm ab 2028 – das alles bleibt aber noch etwas vage. Die Effizienzziele sind nur bis 2030 verbindlich – die Le- gislatur kann also nicht nur im Zeichen der Imple- mentierung stehen.



Die FDP will allein auf den Emissionshandel setzen. So würden die Klimaziele sicher er- reicht werden. Ordnungsrechtliche Maßnah- men wie die EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD) lehnt die Partei „strikt“ ab, ebenso die Ökodesign-Richtlinie, diese würden die Tech- nologieoffenheit gefährden. Stattdessen for- dert die FDP einen „Bureaucracy Reduction Act“ und ein Ablaufdatum für Gesetze und Verordnungen. Der Green Deal der aktuellen Kommission wird abgelehnt. ETS 1 und 2 sol- len zusammengelegt werden.

😬 **Radikalliberal.**

Ordnungsrecht weg und nur noch Preise wirken las- sen? Fiel der rechtliche Rahmen, blieben nur Ext- rempreise mit ungewisser Wirkung. Bisläng macht die CO₂-Bepreisung knapp 1ct je kWh Gas aus und hat kaum Effizienz ange- reizt. Die energiepreis-ge- triebene Inflation führte zur Rezession.

Die Linke

Die Linke verspricht „mehr Mut“ für einen sozial-gerechten und ökologisch nachhaltigen Umbau, höhere Ziele und klare Vorschriften und Vorgaben „vor allem für Konzerne“. Gleichzeitig soll die Modernisierungsumlage abgeschafft werden, ebenso der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der ETS 2 wird abgelehnt, da er keine ausreichende Lenkungswirkung entfalten werde. Ein Klimageld soll es trotzdem geben. Öffentliche Mittel sollen nicht in private Hände, sondern in öffentliche fließen. Einsparungen im Gebäudebereich sollen tatsächlich erfolgen und aber sozial gerecht. Die Umstellung auf CO₂-neutrale Prozesswärme erfordere Anreize sowie Investitionssicherheit durch Standards und Ziele für Unternehmen.

🙄 **Alles umkrempeln.**
Sowohl CO₂-Preise als auch die Modernisierungsumlage abschaffen, Effizienz fördern, aber nur bei öffentlichen Investitionen? In der Tat, ein gewagtes Konzept – aber ob das den Markt in Schwung bringt, ist zu bezweifeln.



Die AfD hält CO₂-Einsparungsziele für unnötig und wirtschaftsschädlich. „Fit for 55“, die EU-Gebäuderichtlinie, eine CO₂-Bepreisung und Klimaschutzinvestitionen werden kategorisch abgelehnt. Investitionen in Energieeffizienz seien zwar sinnvoll, um Kosten und Ressourcenverbrauch zu senken, sollten aber „nicht das primäre Ziel der Regierungen“ sein. Energieeffizienz sei einer einseitigen Förderung von un stetiger Energieerzeugung vorzuziehen.

🙄 **Wie jetzt?**
Bedeutet das, die sogenannte Alternative für Deutschland ist für Effizienz, solange sie nicht dem Klimaschutz dient und auch nicht politisch unterstützt wird und wenn sie dann doch passiert, immer noch besser als erneuerbare Energien? Wir sind verwirrt.

Ansprechpartner:

Christian Noll

Geschäftsführender Vorstand

Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF)

Alt-Moabit 103 – 10559 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 36 40 97 02

Registrierter Interessenvertreter: R000255

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der DENEFF

(in Reihenfolge des Eingangs der Antworten. BSW wollte nicht antworten).

1. Wahlprüfstein: EU-Rahmen für Energie- und Klimapolitik

Eine funktionierende Energiepolitik stellt sicher, dass Ziele erreicht werden und setzt einen verlässlichen Rahmen für Investitionen. Was tun Sie, damit die energiepolitischen Maßnahmen stärker an ihren Beiträgen zur Energie- und CO₂-Einsparung ausgerichtet und Ziellücken geschlossen werden?

B90/Die Grünen „Die sauberste und billigste Energie ist die, die wir gar nicht erst verbrauchen. Energiesparmaßnahmen sind daher zentral. 2022 haben wir das europäische Emissionshandelssystem überarbeitet. Wir haben sichergestellt, dass die freien Zuteilungen an die Industrie bis 2030 halbiert werden. Das ist ein klares Investment-Signal für die Industrie, ihre Prozesse zu dekarbonisieren. Durch die ETS-Reform werden sich Energieeffizienzmaßnahmen noch stärker lohnen. Wir setzen uns dafür ein, dass die freien Zuteilungen reduziert werden und die Kommission über zusätzliche Anreize zur Effizienzsteigerung auf europäischer Ebene die Lücken füllt, die momentan noch zwischen den gesetzten Zielen und den Nationalen Energie- und Klimaplänen bestehen.“

Die Linke „Wir brauchen mehr Mut für einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Umbau und klare Vorschriften und Vorgaben, vor allem für Konzerne. Die Linke tritt für einen Umbau ein, der Mieter*innen und Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen vor den Kosten schützt, und Alternativen für mehr Mobilität und mehr Lebensqualität in den Städten und Dörfern schafft. Bestandssanierungen und Wärmewende sind dringend und müssen sozial gerecht passieren. Dazu muss in Deutschland die Modernisierungumlage abgeschafft werden. Öffentliche Fördergelder müssen an klare ökologische und soziale Kriterien gebunden werden. Wir wollen einen EU-Fonds für die Wärmewende schaffen, auf den Kommunen zugreifen können und damit vor Ort gemeinsame mit den Bürger*innen kommunale Wärmeplanung und energetische Sanierungen durchführen und unterstützen können. Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2040 um 90 bis 95 Prozent: Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese Grenze einhalten, soll es verbindliche CO₂-Budgets für jeden Mitgliedstaat geben, womit die Pfade zur Reduzierung der Emissionen regelmäßig überprüft werden können.“

SPD „Als SPD haben wir uns für ambitionierte Ziele zu Ausbau und Nutzung von erneuerbaren Energien sowie dem Einsatz von Energieeffizienzmaßnahmen in der RED und EED eingesetzt. Diesen Weg werden wir weiter konsequent verfolgen und für eine progressive Energie- und Klimapolitik im Europäischen Parlament werben. Gleichzeitig steht für uns außer Frage, dass die Transformation nur gelingen kann, wenn sie gerecht ist. Wir müssen die Bürger*innen befähigen, ihren Beitrag leisten zu können und diejenigen unterstützen, denen dazu die finanziellen Mittel fehlen. Gleiches gilt für die europäische Industrie, die wir weiter zu CO₂-Einsparungen anhalten wollen, ohne dabei die Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt außer Acht zu lassen. Auf europäischer Ebene wollen wir diese Unterstützung u.a. durch den Klimasozialfonds realisieren, den wir weiter stärken wollen. Für die Transformation der Industrie haben wir z.B. gerade den Net-Zero Industry Act beschlossen und setzen auch in der nächsten Legislaturperiode auf eine starke Europäische Industrie- und Investitionspolitik.“

CDU/CSU „CDU und CSU setzen auf dem Weg zur Klimaneutralität auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: Mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. Zudem ist unser Ziel, Investitionen in Innovationen für saubere Technologien freizusetzen. Wir wollen diese unterstützen und mehr strategische Souveränität im Feld der Zukunftstechnologien erlangen.“

AfD „Die AfD lehnt die aktuelle Energiepolitik der Bundesregierung und der EU als fehlgeleitet ab. Die dort formulierten CO₂-Einsparungsziele werden keinen Effekt auf den Anteil des CO₂ in der Atmosphäre haben. Das Ergebnis wird nur eine weitestgehende Desindustrialisierung sein – also den Wegzug der Industrie aus Deutschland und Europa in Regionen ohne solche Beschränkungen sein. Eine funktionierende Energiepolitik muss einen verlässlichen Rahmen für Investitionen bieten. Dies erreicht sie, indem sie sich darum bemüht gleichbleibende Bedingungen zu erhalten, damit Unternehmen langfristig planen und investieren können. Künstliche Verteuerung und Verknappung durch eine erratische Energiepolitik der Bundesregierung und EU sind das Gegenteil eines verlässlichen Rahmens.“

FDP „Wir Freie Demokraten setzen für einen effektiven Klimaschutz auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit, statt auf Verbote. Wir wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld. Wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir bekennen uns zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem erreichen. Für neue Technologien, die das Klima schützen, setzen wir auf den Erfindergeist von Ingenieuren, Technikerinnen sowie Wissenschaftlern.“

2. Wahlprüfstein: Anforderungen und Förderung an echten Einsparungen ausrichten

Anforderungen und Förderbedingungen orientieren sich meist mehr an rechnerischen als an echten Einsparungen. Unterstützen Sie eine stärkere Ausrichtung, bspw. durch die EU-Gebäude-richtlinie oder des Beihilferechts an nachgewiesenen Effizienzergebnissen auch im Betrieb von Gebäuden und Anlagen?

B90/Die Grünen „Beide Ansätze, der rechnerische wie der am Verbrauch orientierte, haben Vor- und Nachteile. Der Energieverbrauch hängt vom Effizienzstandard des Gebäudes, der Anlage und vom Verhalten der Nutzer*innen ab. Ändert sich dieses Verhalten, könnte dies bei einer Ausrichtung ausschließlich am Energieverbrauch im Betrieb zu unberechtigter Förderung oder Versagen der Förderung führen. Ein rechnerischer Ansatz schafft eine bessere Vergleichbarkeit. Andererseits können je nach Gestaltung der Berechnungsgrundlagen Einsparpotentiale ermittelt werden, die in der Praxis nicht realisierbar sind. Wünschenswert wären aus unserer Sicht Mechanismen, mit denen die vorab berechneten Effizienzgewinne nach Durchführung der Maßnahme überprüft werden. Bei eklatanten Abweichungen müsste die Förderung auf den Prüfstand gestellt werden.“

Die Linke „Ja. Die Linke setzt sich dafür ein, dass im Gebäudebereich tatsächlich Einsparungen erfolgen, nicht nur auf dem Papier. Denn dies kann zur Senkung der Heizkosten- und Kühlkosten beitragen und CO₂-Emissionen einsparen. Dies muss aber sozial gerecht erfolgen – die Kosten für die Wärmewende dürfen nicht auf die Mieter*innen oder auf Eigenheimbesitzer*innen mit kleinem und mittlerem Einkommen abgewälzt werden. Wir fordern einen Klimacheck aller Gebäude. In Deutschland muss die Modernisierungumlage abgeschafft werden. Energetische Modernisierungen müssen wärmemietenneutral erfolgen. Wir brauchen ein massives Förderprogramm für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU. Die energetische Sanierung von Stadtvierteln bietet zudem die Gelegenheit, den öffentlichen Raum umzugestalten und die soziale Infrastruktur zu fördern. Wir wollen Ortskerne wiederbeleben und den unökologischen Flächenverbrauch durch Neubauten auf der grünen Wiese beenden.“

SPD „Die Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament stehen geschlossen hinter dem Energieeffizient-zuerst-Prinzip und unterstützen Maßnahmen, die die Energieeffizienz von Gebäuden und Anlagen steigern. Um diese wichtigen Investitionen auszulösen, braucht es ein sicheres Finanzierungsumfeld. Unternehmen, die staatliche Förderung beanspruchen, müssen einen Transformationsplan aufstellen und darlegen, wie die Investitionen zu CO₂-Einsparungen beitragen. Energieeffiziente Wohngebäude sind gut für den Schutz des Klimas ebenso wie zur mittel- und langfristigen Senkung der Wohn- und Mietnebenkosten für alle Bürgerinnen und Bürger. Der Beurteilungsmaßstab für die Klimabilanz sollte jedoch immer das ganze Quartier oder die Gemeinde sein und nicht das einzelne Gebäude. Gleichzeitig lehnen wir jegliche Form von individuellen Sanierungspflichten für die Bürgerinnen und Bürger ab.“

CDU/CSU „Für CDU und CSU ist entscheidend, dass energetische Maßnahmen im Gebäudereich umsetzbar und finanzierbar sind. Der Umwelt ist nicht geholfen, wenn Eigentümerinnen und Eigentümer vor Anforderungen gestellt werden, die sie nicht erfüllen können. Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz müssen zusammenpassen.“

AfD „Die AfD lehnt die EU-Gebäuderichtlinie und das Gebäudeenergiegesetz als fehlgeleitet, rechnerisch falsch und nicht zweckmäßig ab.“

FDP „Im Gebäudesektor führt der ETS 2 dazu, dass kostengünstig dort saniert wird, wo die CO₂-Vermeidungskosten am geringsten sind. Wir wollen sicherstellen, dass die dadurch erlangte Technologieoffenheit nicht durch andere Regulierungen gefährdet wird. Daher lehnen wir zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD) strikt ab. Zudem muss das aktuelle Beihilferecht überarbeitet werden. Wir wollen auch weiterhin einen starken Wettbewerbsschutz in Europa, aber die zunehmende Überfrachtung, etwa der Beihilfe durch andere Themen, muss zurückgedreht werden. So brauchen wir mehr Technologieoffenheit und weniger Bürokratie – auch in der Klima- und Energierichtlinie.“

3. Wahlprüfstein: Umsetzung von EU-Politiken und schnelles Nachsteuern

Die Zeit zum Erreichen der Energie- und Klimaziele wird immer knapper. Soll die EU-Kommission mehr Fokus auf die wirkungsvolle politische Umsetzung der Artikel der EED, EPBD und Governanceverordnung in den Mitgliedstaaten legen, ggf. schneller nachsteuern oder sogar explizitere Vorgaben machen?

B90/Die Grünen „Die nächste Legislaturperiode wird im Zeichen der Implementierung der im Rahmen von „Fit for 55“ beschlossenen Richtlinien und Verordnungen stehen. Es ist unabdingbar, dass die EU-Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge ernst nimmt und die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung bestmöglich unterstützt, aber auch überwacht. Ein Nachsteuern ist wünschenswert, allerdings muss bedacht werden, dass dies nur im Rahmen der übertragenen Kompetenzen für delegierte Rechtsakte möglich ist. Wünschenswert ist besonders die Erstellung von Leitlinien und Handreichungen, um die europäischen Vorgaben gut in nationale Gesetze umzusetzen.“

Die Linke „Es geht hier vor allen Dingen um die politische Umsetzung. Die Vorgaben für die Mitgliedstaaten sind klar und müssen nicht expliziter sein. Sondern die Mitgliedstaaten müssen durch Förderprogramme sicherstellen, dass die Energie- und Klimaziele nicht auf dem Rücken der kleinen und mittleren Einkommensbezieher erreicht werden. Es würde helfen, wenn die europäische Investitionsbremse (Stabilitäts- und Wachstumspakt) abgeschafft würde und die Mitgliedsstaaten so mehr finanzielle Handlungsmöglichkeiten hätten. Die europäischen Fiskalregeln haben – wie die deutsche Schuldenbremse – sinnvolle und notwendige öffentliche Investitionen verhindert. Wir wollen, dass die neoliberalen Maastricht-Kriterien, der Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Fiskalpakt grundsätzlich überarbeitet und die Verträge geändert werden, um wirksame Sozialpolitik und langfristige sozialökologische Investitionen zu ermöglichen.“

SPD „Die Stärke der Europäischen Union liegt in der Koordinierung und Harmonisierung von Gesetzgebung, um über gemeinsame Regeln zur Stärkung des Binnenmarktes vergleichbare Standards für alle Bürgerinnen und Bürger zu erwirken. Gleichzeitig lebt eine Gemeinschaft aus aktuell 27 Mitgliedstaaten jedoch auch davon, in der Implementierung dieser Regeln auf nationale Besonderheiten einzugehen und individuelle Lösungen zuzulassen. Insbesondere bei der Energiewende wird ein „bottom-up“-Ansatz benötigt, um lokale Ressourcen effizient zu nutzen und Teilhabe zu ermöglichen. Das Europäische Parlament erwartet von den Mitgliedstaaten, dass europäisches Recht umgesetzt wird. Neben der EU-Kommission als Hüterin der Verträge, kann auch das Europäische Parlament eine Kontrollfunktion ausüben. Dazu müssen die nationalen Klima- und Energiepläne sowie deren Bewertungen eine bedeutendere Rolle einnehmen und transparent gemacht werden.“

CDU/CSU „CDU und CSU halten die aktuelle Rahmengesetzgebung für geeignet, um die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.“

AfD „Nein. Die sogenannten Energie- und Klimaziele sind utopisch und nur durch eine krasse Vernichtung von industrieller Leistungsfähigkeit theoretisch rechnerisch zu erreichen. Die AfD lehnt die sogenannte Klimaagende „Fit for 55“ kategorisch ab.“

FDP „Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden, und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall- und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO₂-Bepreisung. Kleinteilige Regulierungen, wie die Ökodesign-Verordnung und die Ökodesign-Richtlinie, oder zusätzliche CO₂-Bepreisungen durch Energiesteuern lehnen wir ab. Das gilt insbesondere für den Gebäudesektor: Der ETS 2 führt dazu, dass kostengünstig dort saniert wird, wo die CO₂-Vermeidungskosten am geringsten sind. Wir wollen sicherstellen, dass die dadurch erlangte Technologieoffenheit nicht durch andere Regulierungen gefährdet wird. Daher lehnen wir zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen strikt ab. Neben dem Emissionshandel reichen Rahmenbedingungen für den Aufbau von Infrastruktur vollkommen aus. Wir fordern eine Regulierungspause beim Green Deal. Unternehmen brauchen zunächst ausreichend Spielraum, um die bereits festgelegten Ziele umzusetzen.“

4. Wahlprüfstein: Verwendung von CO₂-Preiserlösen (ETS II)

Hohe Energiepreise alleine führen zu Investitionszurückhaltung. Stellen Sie sicher, dass CO₂-Preiserlöse prioritär verwendet werden, um Investitionen in dauerhafte Einsparungen zu fördern und zu hebeln? Wie sieht ein wirkungsvoller Rückverteilsschlüssel für den ETS II an die Mitgliedstaaten aus?

B90/Die Grünen „Um eine klimaneutrale Wirtschaft in Europa zu erreichen, brauchen wir mehr Energieeffizienz. In der ETS-Reform konnten wir durchsetzen, dass alle Einnahmen aus dem ETS in Klimamaßnahmen investiert werden müssen, etwa in Energieeffizienz bei der Gebäuderenovierung. Zusätzlich haben wir uns dafür eingesetzt, dass der durch den ETS2 gespeiste Klima-Sozialfonds neben direkten Einkommenshilfen wie dem Klimageld Maßnahmen zur Durchführung von Gebäuderenovierungen und zur Dekarbonisierung des Heizens und Kühlens von Gebäuden finanziert. Es war uns besonders wichtig, dass solche Maßnahmen verpflichtend in den Klima-Sozialplänen der Mitgliedstaaten aufgeführt werden müssen, und somit eine Finanzierungsgarantie erhalten.“

Die Linke „Die Ausdehnung des Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) lehnen wir ab. Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden. Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogrammen müssen den Umbau in den Sektoren unterstützen. Der CO₂-Preis wird keine ausreichende Lenkungswirkung haben: wer viel Geld hat oder die Kosten auf Verbraucher*innen und Mieter*innen umlegen kann, hat wenig Anreiz zu verändertem Verhalten. Alle anderen sind auf funktionierende Alternativen angewiesen. Die gibt es oft nicht, weil sie zu wenig gefördert werden. Entscheidend ist der politische Wille, Förderung für einen soziale gerechten ökologischen Umbau bereitzustellen: Für die Wärmewende, Gebäudesanierung, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Es braucht nach Einkommen gestaffelte Förderprogramme, die bspw. Sicherstellen, dass Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen keine Mehrkosten beim Austausch ihrer Heizung mit einer Wärmepumpe haben. Wir setzen uns für ein Klimageld ein als Direktzahlung zur Unterstützung für Haushalten mit kleinem und mittlerem Einkommen, um Ungerechtigkeiten durch die Preissteigerungen auszugleichen. Ein Rückverteilungsschlüssel für das ETS 2 müsste auf jeden Fall die unterschiedliche Kaufkraft in den Mitgliedstaaten berücksichtigen.“

SPD „Bereits heute müssen alle Einnahmen aus dem Emissionshandel für klimaförderliche Zwecke verwendet werden. Wir unterstützen, auf nationaler wie europäischer Ebene, ausdrücklich die Investitionen in langfristige Einsparungen, Unterstützung für energetische Sanierungen und Quartierslösungen. Aktuell werden lediglich 25 % der Einnahmen aus dem ETS II nach dem Verteilungsschlüssel im Klimasozialfonds umverteilt. Dieser Verteilungsschlüssel bezieht aktuell Faktoren wie das Bruttonettoprodukt der Mitgliedsstaaten, den Anteil der Bevölkerung mit ausstehenden Energierechnungen, die Heizungsemissionen, das Pro-Kopf-Einkommen sowie den Anteil der von Armut bedrohten Landbevölkerung mit ein. Der Schlüssel stellt den politischen Kompromiss der ETS-Verhandlungen dar. Sollten sich die zugrunde liegenden Daten verändern, wird der Schlüssel bei der nächsten ETS-Reform überprüft werden.“

CDU/CSU „CDU und CSU sprechen sich für das bestehende System zur Verwendung der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel aus. Beim ETS 2 muss die Nutzung der Mittel insbesondere nach sozialen Kriterien geschehen. Das ist nicht nur im Klimasozialfonds festgeschrieben, sondern gilt auch für den Rest der Einnahmen aus dem ETS 2.“

AfD „Die AfD lehnt die Besteuerung von Luft ab. Eine Abschaffung der CO₂-Besteuerung führt automatisch zu geringeren Energiepreisen. Zusammen mit einer verlässlichen Energiepolitik, die langfristig auf günstige, saubere und technologieoffene Energieerzeugung setzt, werden Unternehmen die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben, um im weltweiten Wettbewerb weiter zu bestehen.“

FDP „Sowohl der Weg zu Digitalisierung und Klimaneutralität als auch internationale Abhängigkeiten stellen die Wirtschaft in Europa vor große Herausforderungen. Die aktuelle EU-Kommission begegnet dem jedoch mit den falschen Instrumenten, insbesondere bei der Umsetzung des „Green Deals“: Es ist nicht Aufgabe der EU, Unternehmen durch Detailsteuerung zu bevormunden, Absätze zu garantieren, Ressourcen zuzuteilen und Preise künstlich festzusetzen. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr freien Handel und bessere Bedingungen für private Investitionen und Gründungen. Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO₂-Bepreisung. Kleinteilige Regulierungen, wie die Ökodesign-Verordnung und die Ökodesign-Richtlinie, oder zusätzliche CO₂-Bepreisungen durch Energiesteuern lehnen wir ab.“

5. Wahlprüfstein: Aktivierung privater und hybrider Finanzierung für Klimaschutz- und Energiewendemaßnahmen

Öffentliche Förderung alleine wird nicht ausreichen, um die notwendigen Klimaschutzinvestitionen zu stemmen. Unterstützen Sie einen Aktionsplan zur Aktivierung privater und hybrider Finanzierung für Klimaschutz- und Energiewendemaßnahmen?

B90/Die Grünen „Das überarbeitete Emissionshandelssystem setzt wichtige Anreize, dass auch private Gelder in Energieeffizienzmaßnahmen fließen. Im Gebäudebereich sind weitere Finanzierungsquellen nötig. Durch die Gebäudeeffizienzrichtlinie werden Anreize für Privatpersonen geschaffen, in Energieeffizienz zu investieren. Wir kämpfen dafür, dass das Prinzip Energieeffizienz an erster Stelle tatsächlich umgesetzt wird und in allen europäischen Gesetzen mitgedacht wird. Wir setzen uns für eine strategische europäische Investitionspolitik ein. Nach dem Vorbild von Next Generation EU, wollen wir ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz schaffen. Energieeffizienz muss auch bei der Planung der Energienetze und der Umsetzung der Infrastruktur-Union an erster Stelle mitgedacht werden.“

Die Linke „Die Linke setzt sich dafür ein, dass vor allen Dingen öffentliche Investitionen erfolgen, um den Klimaschutz zu erreichen. Das Problem bei privaten Finanzierungen besteht darin, dass diese durch öffentliche Mittel angereizt und abgesichert werden, dann aber die Profite aus diesen Investitionen in private Hände fließen. Das ist ungerecht und sollte nicht passieren. Die Linke setzt auf klare Vorgaben und will nachhaltige Alternativen stärker fördern: mit öffentlichem Geld, das dann auch zu öffentlichem Eigentum und Beteiligungen führt.“

SPD „Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei stehen für uns sowohl die Grundstoffindustrien im Fokus als auch Fertigungsbranchen wie zum Beispiel die Leitbranche Automobilindustrie. Wir wollen diese Branchen in ihren Innovationsanstrengungen unterstützen, von denen auch Innovationswirkungen in den Rest der Wirtschaft ausgehen können. Insbesondere in Bereichen wie grüner Wasserstoff, Batterietechnologie, Elektromobilität, Wind- und Solarkrafttechnologien und Biotechnologie sehen wir große strategische Potenziale für den europäischen Markt. Wir wollen sicherstellen, dass Produktionskapazitäten in solchen Schlüsselbereichen der digitalen und der ökologischen Transformation ausgeweitet werden. Der ökologische und digitale Umbau der europäischen Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist mit einem hohen Investitionsbedarf verbunden. Dazu gehören staatliche genauso wie private Investitionen.“

CDU/CSU „CDU und CSU unterstützen private Klimaschutzinvestitionen und sprechen sich für beschleunigte Abschreibungen und die Möglichkeiten von private public partnership (PPP) aus.“

AfD „Nein. Die AfD fordert die Abschaffung aller sogenannten Klimaschutzinvestitionen und -vorgaben. Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen sind allesamt ungeeignet, ihre formulierten Ziele überhaupt zu erreichen. Anstatt industrielle Leistungsfähigkeit zu vernichten, sollten die Regierungen Vorhaben zur Klimaanpassung unterstützen.“

FDP „Die Klimaziele der Energiewirtschaft werden durch den europäischen Emissionshandel sicher erreicht. Wir werden auch die Ziele Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit stärker in den Fokus rücken. Dazu wollen wir die Energiewende durch mehr Wettbewerb und weniger staatliche Detailsteuerung insgesamt effizienter gestalten und Kosten senken.“

6. Wahlprüfstein: EU-Beihilferecht: Praxisgerechte Ausgestaltung

Das EU-Beihilferecht ist einerseits ein wichtiger Hebel für Energieeffizienzinvestitionen, erschwert diese, aber durch hohe Auflagen und teilweise auch durch geforderte und sehr aufwendige Referenzkostenbetrachtungen (AG-VO). Unterstützen Sie eine praxisgerechtere Ausgestaltung?

B90/Die Grünen „Eine praxisgerechtere Ausgestaltung der Auflagen für Energieeffizienz unter dem EU-Beihilferecht hat unsere volle Unterstützung und ist uns ein wichtiges Anliegen. Auch hier setzen wir uns dafür ein, dass die Kommission in der Ausarbeitung ihrer Leitlinien Energieeffizienz an erste Stelle stellt. Bei der bevorstehenden Diskussion um die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, werden wir uns dafür einsetzen dass die richtigen Weichen für eine praxisorientierte Überarbeitung der Leitlinien stattfindet, um Energieeffizienzmaßnahmen gebührend zu fördern und jegliche Hindernisse zu beseitigen.“

Die Linke „Wir setzen uns generell für eine Reform des Beihilferechts ein. Den von der EU geschlossenen befristeten Krisenrahmen wollen wir ausweiten und verfestigen. Verfahren müssen insgesamt beschleunigt werden. Kommunen sollen in ihrer Funktion der gemeinnützigen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen nicht behindert werden. Öffentliche Daseinsvorsorge ohne Zwang zu Profitmaximierung soll nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein. Kartellrechtliche und subventionsrechtliche Ausnahmen müssen zugelassen werden, wenn die Förderung den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) dient. Und/oder wenn die Beihilfen einen wesentlichen Beitrag für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft leisten. Zugleich wollen wir einen innereuropäischen Solidaritätsmechanismus einführen, um die Industrie finanzschwächerer Mitgliedstaaten zu unterstützen, wenn das Beihilferecht gelockert wird. Der Solidaritätsmechanismus soll verhindern, dass die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU noch stärker werden, weil Länder wie Deutschland oder Frankreich höhere Finanzhilfen organisieren können.“

SPD „Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und gleichzeitig Bürokratie abbauen. Mit der Verstetigung der bislang temporären Sonderregeln in der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Jahr 2023 hat die Europäische Kommission bereits viele richtige Schritte unternommen, um das Beihilfenrecht so anzupassen, dass es sinnvollen Förderprogramme nicht mehr im Wege steht. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt sind für Großunternehmen sowie für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler dringend notwendig. Dabei fehlen Daten, analytische Ressourcen und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die Qualität von EU-Regulierungen verbessern. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, Investitionshindernisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen zu vereinfachen. Dafür brauchen wir ein Update verschiedener Regulierungen, ohne Schutzstandards abzusenken. Zusätzlich wollen wir Regionen unterstützen, die vorangehen und Räume ausweisen, in denen mit verkürzten und verschlankten Planungs- und Genehmigungsverfahren vernetzte klimaneutrale Industriestandorte mit guten Arbeitsplätzen entstehen. Dafür wollen wir die Konzepte der sogenannten Go-to-Areas, die wir bei der Windenergie schon erfolgreich umgesetzt haben, auf weitere Vorhaben ausdehnen.“

CDU/CSU *Keine Antwort*

AfD „Nein. Die AfD lehnt alle sogenannten Klimaschutzmaßnahmen als ungeeignet ab. Grundsätzlich sind Investitionen in Energieeffizienz sinnvoll, um Kosten und Ressourcenverbrauch zu senken. Dies ist aber nicht das primäre Ziel der Regierungen mit Ihren Vorgaben.“

FDP „Die Fragen 6, 7 und 8 werden im Zusammenhang beantwortet.“
„Kleinteilige Regulierungen, wie die Ökodesign-Verordnung und die Ökodesign-Richtlinie, und zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie die europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD), lehnen wir ab. Die Wirtschaft wollen wir von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Dazu fordern wir einen „Bureaucracy Reduction Act“. Für jede neue Belastung durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der „One in, two out“-Regel bestehende Belastungen konsequent in doppeltem Umfang abgeschafft werden. Bürokratie auf EU-Ebene ist noch immer eine Blackbox. Es fehlt an einer Kontrolle der Bürokratiekosten, die im Zuge der komplexen Gesetzgebungsverfahren oft immer weiter anwachsen. Wir fordern, dass der den Betroffenen letztlich entstehende Erfüllungsaufwand jeweils in Euro bewertet und transparent gemacht wird. Wichtig ist darüber hinaus eine empirische Bestandsaufnahme. Wir fordern daher eine systematische Erfassung der Bürokratiekosten resultierend aus EU-Rechtsvorschriften. Als Vorbild könnte der deutsche Bürokratiekostenindex dienen. Zudem müssen EU-Richtlinien ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden. Eine Übererfüllung von EU-Anforderungen, das sogenannte „Gold Plating“, lehnen wir ab. Wir fordern zudem, Gesetze und Verordnungen, wo möglich, mit einem konkreten Ablaufdatum, einer sogenannten „Sunset-Klausel“, zu beschließen. Zudem muss das aktuelle Beihilferecht überarbeitet werden. Wir wollen auch weiterhin einen starken Wettbewerbsschutz in Europa, aber die zunehmende Überfrachtung, etwa der Beihilfe durch andere Themen, muss zurückgedreht werden. Die FDP steht für einen effektiven Klimaschutz durch den Emissionshandel, mehr Technologieoffenheit und weniger Bürokratie.“

7. Wahlprüfstein: EU-Beihilferecht: Level Playing Field für Energieeffizienz und Erzeugung

Das EU-Beihilferecht (AGVO) sieht deutlich geringere zulässige Förderquoten für Energieeffizienz als für erneuerbare Energieerzeugung, Infrastruktur und insbesondere Wasserstoff vor. Unterstützen Sie hier das Prinzip Efficiency First oder zumindest ein Level-Playing-Field bei der Förderung?

B90/Die Grünen „Wir treten für ein Beihilferecht ein, das mit der Förderpolitik Hand in Hand geht. Energieeffizienz sollte immer an erster Stelle stehen („efficiency first“). Gerade für diese grünen Zukunftstechnologien muss die EU-Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei Beihilfverfahren sowie Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf höhere Effizienz, Umweltverträglichkeit, Klima-neutralität und Kreislaufwirtschaft.“

Die Linke „Es ist absolut sinnvoll, den Fokus auch auf Energieeinsparungen zu legen, denn die beste Energie ist jene, die nicht verbraucht wird. Die EU hat die Ziele zur Emissionsreduktion und Energieeffizienz verschärft, doch die Maßnahmen reichen nicht aus. Um das 1,5-Grad-Ziel im Pariser Klimaabkommen einzuhalten, müssen die Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien, die Reduzierung von Treibhausgasen und auch die Energieeffizienz für 2030 deutlich erhöht werden.“

SPD „Zunächst muss man darauf hinweisen, dass die AGVO eine Verordnung der Kommission ist und das Europäische Parlament bei der inhaltlichen Ausgestaltung dieser Verordnung nicht miteinbezogen ist und jedenfalls formal keinen Einfluss darauf hat. Unser Ziel ist es, Industriezweige in ihren Bestrebungen zur Innovation zu unterstützen, welche auch positive Innovationseffekte auf die gesamte Wirtschaft haben können. Insbesondere in Gebieten wie grünem Wasserstoff, Batterietechnologie, Elektromobilität, Wind- und Solarenergie sowie Biotechnologie, also besonders den erneuerbaren Energiequellen sehen wir beträchtliche strategische Potenziale. Unser Ziel ist es sicherzustellen, dass Produktionskapazitäten in diesen essenziellen Bereichen der digitalen und ökologischen Transformation erweitert werden. Durch eine praxisnähere Umsetzung der AGVO sollen schlussendlich Transformationsherausforderungen bestmöglich gemeistert werden.“

CDU/CSU „CDU und CSU sehen die Rahmenbedingungen des EU-Beihilferechts in diesem Kontext als angemessen an. Wir sehen jedoch mit weiterem Erneuerbaren-Energien-Ausbau und einem zunehmenden Wasserstoffhochlauf die Gegebenheiten für eine Anpassung bei den Förderquoten.“

AfD „Das EU-Beihilferecht sollte technologieoffen formuliert sein. Energieeffizienz ist einer einseitigen Förderung von un stetiger Energieerzeugung vorzuziehen.“

FDP *Die Wahlprüfsteine 6,7 und 8 wurden gemeinsam in Wahlprüfstein 6 beantwortet.*

Wahlprüfstein 8: EU-Mindeststandards 2024-ready / Prozesswärme

Europäische Mindeststandards (Ökodesign) zählen zu den erfolgreichsten Klimapolitiken. Unterstützen Sie ein „Niveau 2045-ready“ für neue und bestehende Energiemindeststandards und Labels? Unterstützen Sie die Einführung von Standards und Zielen zur Dekarbonisierung von Prozesswärme?

B90/Die Grünen „Wir unterstützen ambitionierte Standards und Label, die Verbraucher*innen helfen, klimafreundlich zu leben. Die Einführung eines „Niveau-2045-ready“ würde transparent machen, welche Produkte zukunftsfähig sind. Das würden wir selbstverständlich unterstützen. Im Wärmebereich sind noch hohe Effizienzpotentiale zu heben. Dazu gehört vorrangig die effiziente Bereitstellung von Wärme, aber auch die Nutzung von Abwärme für weitere Anwendungen. Mit integrierten Energie-Infrastrukturplänen und einer sektorübergreifenden europäischen Speicherstrategie wollen wir den gesamten Energiebereich dekarbonisieren. Dafür sind Standards und Ziele für Prozesswärme hilfreich und wir werden deren Einführung unterstützen.“

Die Linke „Wir unterstützen ambitionierte Ökodesignvorgaben, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Gleichwohl sehen wir bei Labels auch die Gefahr eines Green-Washing. Die Umstellung auf CO₂-neutrale Prozesswärme ist technisch machbar, erfordert aber umfangreiche Investitionen. Standards und Ziele können hier helfen, entsprechende Anreize zu setzen und den Unternehmen Investitionssicherheit zu geben. Allerdings gibt es bspw. im Bereich der Stahlproduktion überhaupt keine einheitliche Definition, was grüner Stahl ist. Hier sind natürlich Standards und Labels notwendig.“

SPD „Die Energiewende ist eine gemeinsame europäische technische und soziale Aufgabe. Gemeinsam zeigen wir, dass konsequente Politik für Klimaschutz mit sozialer Sicherheit und gerechten Chancen Hand in Hand geht. Wir sind die Garanten dafür, dass der grüne Wandel in Europa gerecht abläuft und sozial gestaltet wird. Mit einer nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik, die die Modernisierung der gesamten Wertschöpfungsketten in Europa in den Blick nimmt, werden Arbeitsplätze gesichert und sozialer Wohlstand geschaffen. Die Dekarbonisierung der Prozesswärme kann dabei ein Baustein sein. Prozesswärme kann durch verschiedene Methoden dekarbonisiert werden, u.a. durch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, von Wasserstoff oder Biomethan. Darüber hinaus kann die Anwendung von energieeffizienten Prozessen und die Optimierung von Produktionsabläufen den Energieverbrauch reduzieren und somit zu einer Dekarbonisierung beitragen. Dadurch können CO₂-Emissionen reduziert werden und technologische Innovationen gefördert werden. Wir unterstützen eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Ökodesignstandards und Labels, im Einklang mit unseren Klimazielen und neuesten Technologischen Entwicklungen.“

CDU/CSU „Bei der Kreislaufwirtschaft und den angesprochenen Mindeststandards geht es insbesondere darum, Stoffkreisläufe zu schließen und die Langlebigkeit von Produkten zu verbessern. In diesem Kontext unterstützen wir die bestehenden Standards und unterstützen effiziente und bürokratiearme Regelungen auf dem Weg zu Klimaneutralität.“

AfD „Die AfD lehnt alle Standards und Ziele zur Dekarbonisierung in Gänze ab. Sie sind nicht geeignet, ihre formulierten Ziele zu erreichen und führen nur zur Verlagerung der industriellen Produktion in das (Nichteuropäische-)Ausland und Tricksereien beim (Re-)Import. Einfacher Denklöge folgend, würden nach dortigen niedrigeren Standards sämtliche sogenannte Klimaziele konterkariert. Denn die Nachfrage nach europäischen und vor allem höchstwertigen deutschen Industrieprodukten bleibt international bestehen. Demzufolge wird unter altem Namen, bei gleichwertiger Qualität mit niedrigeren Umweltschutzregeln außerhalb eines nun desindustrialisierten Europas bzw. Deutschlands produziert. Die Emissionen sind damit netto weltweit gestiegen und der Wohlstand hat sich entsprechend verlagert. Das kann keine Vision für die AfD sein.“

FDP *Die Wahlprüfsteine 6,7 und 8 wurden gemeinsam in Wahlprüfstein 6 beantwortet.*